

1648 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 23. März 1977
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über
Geldleistungen an öffentlich Bedienstete während des Karenz-
urlaubes aus Anlaß der Mutterschaft geändert wird

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates sieht
in Anpassung an die Neuregelungen des Arbeitslosenversicherungs-
gesetzes 1976 auch für die Dienstnehmerinnen des öffentlichen
Dienstes die Leistung von Karenzurlaubsgeld an Adoptivmütter
sowie den Anspruch auf Karenzurlaubsgeld für jene Mütter vor,
die eine nur geringfügig entlohnte Beschäftigung ausüben.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in
seiner Sitzung vom 29. März 1977 in Verhandlung genommen und
einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen
Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 23. März 1977
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über
Geldleistungen an öffentlich Bedienstete während des Karenz-
urlaubes aus Anlaß der Mutterschaft geändert wird, wird kein
Einspruch erhoben.

Wien, 1977 03 29

C z e t t e l
Berichterstatter

S e i d l
Obmann